



## Bundesverwaltungsgericht

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sucht zum 1. August 2018 für die Geschäftsstelle

### **eine Rechtspflegerin / einen Rechtspfleger.**

Der Arbeitsplatz ist befristet bis 19. Oktober 2018 als Mutterschutzvertretung mit der Option einer Verlängerung für die Dauer der Elternzeit (voraussichtlich bis 31. August 2019).

Aufgabenschwerpunkte sind u. a.:

- die Erstellung von Verfügungen (Zustellung von Schriftsätzen und Entscheidungen an die Verfahrensbeteiligten),
- die Fertigung von Entwürfen (prozessleitende Verfügungen, Mitteilungen an die Verfahrensbeteiligten, Beschlüsse formeller Art),
- Prüfung der Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Vorbereitung einer Entscheidung sowie Überwachung der Zahlung der festgesetzten Raten,
- Durchsicht von Entscheidungen der Senate,
- Kostenfestsetzung in erstinstanzlichen Verfahren,
- Unterstützung der Kostenbeamten/ Kostenbeamtinnen des mittleren Dienstes in rechtlich schwierigen Fällen.

Wir erwarten:

- Abschluss als (Diplom-)Rechtspflegerin / (Diplom-)Rechtspfleger,
- fundierte Kenntnisse des Aufgabenbereiches einer Geschäftsstelle,
- sehr gute IT-Anwendungskennntnisse, insbesondere der MS-Office-Anwendungen,
- Mitarbeit bei der Fortentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der Einführung der vollständigen elektronischen Gerichtsakte und elektronischen Bearbeitungsweise,
- ein hohes Maß an Selbständigkeit, Eigeninitiative, Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit.

Wir bieten einen vielseitigen und interessanten Arbeitsplatz bei einem obersten Gerichtshof des Bundes.

Die Einstellung als Tarifbeschäftigte/r erfolgt befristet unter Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9b TVöD. Zusätzlich wird derzeit eine oberstgerichtliche Zulage in Höhe von monatlich 181,54 € gewährt.

Für Tarifbeschäftigte, deren derzeitiges Arbeitsverhältnis unter den Geltungsbereich des TVöD fällt, besteht die Möglichkeit der Beschäftigung im Rahmen einer Abordnung.

Die Ausschreibung richtet sich auch an Beamtinnen/ Beamte des gehobenen Dienstes mit Besoldungsgruppe A 9/A 10. Hier ist eine Dienstleistung im Rahmen einer Abordnung vorgesehen.

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Gehen solche Bewerbungen ein, wird im Einzelfall geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Das Bundesverwaltungsgericht gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen nach dem Bundesgleichstellungsgesetz. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt; von ihnen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Begrüßt werden Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten.

Bei ausländischen Bildungsabschlüssen wird um Übersendung entsprechender Nachweise über die Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss gebeten. Weitere Informationen können der Internetseite der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) unter <https://kmk.org/zab> entnommen werden.

Sollte Ihr Interesse geweckt sein, übersenden Sie bitte Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen (Zeugnisse, Beurteilungen, Referenzen, Beschäftigungs- und Fortbildungsnachweise) bis zum **24. Juni 2018** an:

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts  
Referat Personal, BVerwG 06/2018  
Simsonplatz 1  
04107 Leipzig

Eine Übersendung der Bewerbungsunterlagen per E-Mail an [post@bverwg.bund.de](mailto:post@bverwg.bund.de) ist möglich.

Für Rückfragen im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung steht Ihnen Frau Völkel (0341 2007 1505) zur Verfügung. Für Fachfragen wenden Sie sich bitte an Herrn Preiß (0341 2007 2200).

Wird die Rücksendung der Bewerbungsunterlagen gewünscht, ist der Bewerbung ein ausreichend frankierter und adressierter Rückumschlag beizufügen.